

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Quartalsheft 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1078

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Schms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postkontonto Berlin 5388.

Inhalt. Willkommen in Plauen! — Textilindustrie und Wissenschaft. — Der 10. Gewerkschaftskongress (Schluß). — Konferenz für den Bau 2 (Kassel). — Das Räteystem (II). — Aus den Schlichtungsausschüssen. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Sachreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen.

Auf zahlreiche Reklamationen der Nummern 26, 27 und 28 erklären wir, dieselben rechtzeitig zur Post gegeben zu haben. Die Zustellung dürfte nur infolge der Eisenbahnerstreiks eine Verzögerung erfahren haben, wird aber wohl inzwischen erfolgt sein.
Die Expedition.

Willkommen in Plauen!

Das rufen wir allen Delegierten und Delegierteninnen zu unserer 13. Generalversammlung in Plauen i. V. zu, obwohl wir dort selber nur Gäste sein werden. Besser hätte sich der Willkommensgruß aus unserer Feder ausgenommen, wenn die Generalversammlung in Berlin hätte stattfinden können, wie es ursprünglich gedacht war und später auch beschlossen wurde. Auf Anraten von anderer Seite ist dann aber der Vorstand dazu gekommen, von Berlin abzusehen und einen anderen Ort für unsere Tagung zu wählen. Von mehreren vorgeschlagenen Orten konnte nur Plauen als für unsere Tagung geeignet angesehen werden. Wir sind dort, wie schon gesagt, auch nur fremde Gäste, wie die Delegierten, gehören aber doch gewissermaßen zum Vorstände und somit zu den Einberufern und Veranstaltern der Generalversammlung, was uns, als für Plauen Ortsfremde, verpflichtet, die Delegierten und Delegierteninnen in Plauen willkommen zu heißen. Wir heißen sie alle herzlich willkommen, woher sie auch kommen mögen und wie sie auch über ihre Aufgaben denken mögen.

Ja, denken mögen! Muß denn nicht jeder darüber so denken, wie es das Interesse des Verbandes erheischt, das Interesse der Textilarbeiterschaft, das durch den Verband gewahrt werden soll?

Gewiß muß jeder so denken, und alle tun es gewiß. Alle wollen die Macht des Verbandes stärken, damit er die Interessen der Textilarbeiter und so besser wahren könne. Doch die Wahrung der Interessen der Textilarbeiter stellt sich heute in den Köpfen recht verschieden: was die einen dafür halten, sehen die andern als das Gegenteil davon an und umgekehrt. Diese Meinungsverschiedenheit ist eine Folge der Revolution. Die Revolution hat zwar die Gewerkschaften numerisch gestärkt und unsere Gewerkschaft auf eine numerische Stärke gebracht, die sie vorher niemals aufgewiesen hatte, doch sie hat auch die Ansichten über die Aufgaben der Gewerkschaft gewandelt, wenigstens bei einem Teile der Mitglieder und sicher auch bei einem Teile der Delegierten. Früher war man allgemein der Ansicht, die Gewerkschaft habe den Zweck, unter der Herrschaft des Kapitalismus dessen Profit zugunsten des Arbeitslohnes soweit zu reduzieren, daß schließlich der Kapitalismus durch den Sozialismus automatisch abgelöst werden würde. Heute ist man schon vielfach der Meinung, er könnte durch die Macht der Gewerkschaft schon vor diesem sozialistischen Reifezustand durch den Sozialismus willkürlich abgelöst werden. Früher war man allgemein der Ansicht, der Sozialismus werde entstehen, aus den Verhältnissen herauszuwachsen, heute glaubt man vielfach schon, er könne gemacht werden. Als Instrument dazu betrachtet man das Räteystem; von seiner Anwendung erwartet man die willkürliche Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische. Dabei gibt man aber zu, daß die willkürliche Umwandlung nur vollzogen werden könne, wenn die wirtschaftliche Reife dafür vorhanden und die technische Möglichkeit dafür gegeben sei. Das heißt also: wenn die Umwandlung sich sozialogen auch automatisch vollziehen würde. Beide Richtungen treffen sich also an ihrem gemeinsamen Ziel; keine erreicht es früher als die andere. Dann braucht aber das Räteystem nicht die Rolle zu spielen, die die eine Richtung ihm zuweist. Die andere Richtung hätte natürlich nichts dagegen, daß die Sozialisierung mit Hilfe des Räteystems schneller vor sich ginge als ohne dasselbe. Die Gegenwärtigkeit kommt nur daher, daß die eine Richtung befürchtet, die andere würde über den Räten die Gewerkschaft vernachlässigen, während die andere glaubt, die Gegenrichtung wolle über der Gewerkschaft die Räte vernachlässigen. Wie die dafür in Betracht kommenden Beschlüsse des soeben abgehaltenen Gewerkschaftskongresses beweisen, ist weder das eine noch das andere im allgemeinen der Fall, und es dürfte auch in unserem Verbände nicht anders sein. Beide Richtungen wollen die Räte, die nun einmal aus den Zeitverhältnissen geboren sind; beide wollen aber auch die Gewerkschaften, ohne welche die Räte unter der noch nicht erledigten Herrschaft des Kapitalismus wenig wirtschaftliche Macht hätten. Nur die Erwartungen, die man an die Wirksamkeit der Räte knüpft, sind in beiden Lagern verschieden.

Dies in bezug auf die Betriebs- und Wirtschaftsräte, die für die Gewerkschaft allein in Betracht kommen.

Hinsichtlich des politischen Räteystems, der Räteregierung, scheiden sich die Geister freilich streng voneinander. Denn das politische Räteystem soll anerkanntermaßen zum Verlassen der Demokratie und zur Diktatur des Proletariats mit allen ihren Konsequenzen führen, für die sich die eine Richtung unter keinen Umständen entscheiden will. Doch diese Frage braucht, auf unserer Generalversammlung keine Rolle zu spielen. Das politische Räteystem hat mit der Gewerkschaft als solche nichts zu tun; die Gewerkschaft ist ihm dienstbar machen zu wollen, wäre ein Unterfangen, das auf keiner Seite beabsichtigt sein dürfte. Und so sehen wir, trotz aller scheinbaren Gegenwärtigkeit in dem so viel besprochenen und unstrittenen Räteystem nichts, das die Gegensätze mit besonderer Härte aufeinanderprallen lassen müßte.

Was die Gestaltung der Zukunft betrifft, so brauchen also die Geister nicht aufeinanderzuplagen. Doch auch nicht hinsichtlich dessen, was die Vergangenheit betrifft, d. h. die sogenannte Kriegspolitik. Unser Verbandsvorstand und unser Verbandsblatt haben bekanntlich nicht in dem Sinne Kriegspolitik getrieben, wie es an manchen anderen gleichartigen Stellen der Fall war; wir haben nur Arbeiterpolitik im Sinne der deutschen Textilarbeiterschaft getrieben — doch niemals auf Kosten der auswärtigen Textilarbeiterschaft. Wenn aber auswärts eine solche Politik auf unsere Kosten betrieben werden sollte, haben wir uns dagegen verwahrt. Wir sind also nur nationalistic gewesen, wo man unsere nationalen Arbeiterinteressen verletzete. Und das zu tun war unsere Pflicht als deutsche Arbeitervertretung. Streng genommen wird sich hier wenig Anlaß zu wirklich berechtigter Kritik selbst vom Standpunkt derer aus bieten, die von vornherein die deutsche Regierungspolitik verurteilten. Von denen, die diese Politik eine Zeitlang mitmachten, ist erst recht keine Kritik zu erwarten, denn man kann nicht annehmen, daß sie ihre eigene Politik beurteilen wollen. Sie können erklären, daß sie ihre Politik von damals bereuen, daß sie sich damals im Irrtum befanden, doch sie können nicht anderen Vorhaltungen machen, weil diese dieselbe Politik trieben, wie sie selbst. Nur Kritik berechtigt wären allenfalls die, welche von vornherein auf dem Standpunkt standen, daß man am Kriege in keinem Fall teilnehmen dürfe, nichts unterstützen dürfe, was der Landesverteidigung dienen könnte, auch wenn Deutschland, seine Arbeiterschaft, seine Gewerkschaften und die Erzeugnisse der Gewerkschaften zugrunde gingen. Wer nahm aber von vornherein solchen Standpunkt ein? Wir wissen niemand. Wenn nicht auch in dieser Hinsicht bei jemandem ein Wandel sich vollzogen hat, so wird weder unser Vorstand noch wir einer Kritik wegen der sogenannten Kriegspolitik ausgeführt sein. Wir wissen aber, daß es anders kommt, wissen, daß sich solcher Wandel bei vielen vollzogen hat und daß diese Kollegen und Kolleginnen uns kritisieren werden, weil wir ihre Wandlungen nicht oder nicht rechtzeitig — denn Wandlungen haben ja auch wir durchgemacht — mitgemacht haben. Die Kritik wird also — trotz der uns günstigen Umstände, die gegen sie sprechen, nicht ausbleiben. Deshalb müssen wir an dieser Stelle den Wunsch aussprechen, die Kritik möge sich im Rahmen des Schicklichen halten. Geschieht das, so wird die 13. Generalversammlung unseres Verbandes auch rein geschäftlich fruchtbringende Arbeit leisten, wird sie auch als Revolution 13. Generalversammlung in der Geschichte der deutschen Textilarbeiterbewegung einen hervorragenden Platz einnehmen. Und wir sind zuversichtlich genug anzunehmen, daß die Erörterungen, auch wenn sie sachlich in die schärfste Kritik übergehen, den Rahmen des Schicklichen niemals überschreiten werden. Und in dieser Zuversicht rufen wir noch einmal allen Delegierten und Delegierteninnen zu:

Willkommen in Plauen.

Textilindustrie und Wissenschaft.

Der Krieg hat durch den Friedensschluß endlich sein formelles Ende gefunden und es gilt, die deutsche Volkswirtschaft, die während des Krieges so ungeheuer gelitten hat, wieder aufzubauen. Mit am stärksten von allen Industrien, ja vielleicht überhaupt am stärksten hat die Textilindustrie im Kriege gelitten. Sie war, wie bekannt, so gut wie vollständig auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen. Für nahezu zwei Milliarden Mark Rohstoffe hat sie jährlich vom Ausland eingeführt. Wie bedeutend diese Industrie vor dem Kriege war, geht daraus hervor, daß ungefähr zwei Millionen Arbeiter in ihr beschäftigt gewesen sind. Sie stellt deshalb einen Faktor in unserem Wirtschaftsleben dar, der für unsere volkswirtschaftliche Existenz von einschneidender Bedeutung ist. Es ist noch genugsam in Erinnerung, daß diese Industrie bald nach Ausbruch des Krieges langsam zum Erliegen kam und daß besonders in Baden, im Rheintal und im Seengebiet viele Tausende von Arbeitern erwerbslos wurden. Zu Beginn des Jahres 1918 mußten allein im Rheintal, Baden, an beschäftigungslose Textil-

arbeiter monatlich etwa 600 000 Mark Unterstützung bezahlt werden. Freilich gelang es damals, in Baden die Textilindustrie einzuführen. Baden ging sogar hierin mehreren anderen Staaten voraus und es war ein großer Erfolg für die badische Textilindustrie, daß längere Zeit hindurch etwa 40 Proz. der Textilerzeugnisse (Sandsackstoffe) für Deutschland in Baden hergestellt wurden. Daß dies gelungen ist, ist bekanntlich mit ein Verdienst des Deutschen Forschungsinstituts für Textilstoffe, das im Jahre 1916 in Karlsruhe gegründet worden ist. Durch die spätere Kontingentierung, welche von Berlin aus einsetzte, hat Baden zwar nicht diese große Quote von 40 Proz. der Erzeugnisse behalten, aber immer noch einen sehr großen Anteil an der deutschen Gesamtproduktion gehabt.

Die Erzeugstofffabrikation ließ und läßt sich freilich nicht beliebig steigern, sondern war aus mancherlei Gründen und wird auch im Frieden aus mancherlei Gründen nicht in stande sein, die gesamte Textilindustrie Deutschlands zu beschäftigen. Eine ungeheure Anzahl von Fabriken liegt heute noch still, und man hofft für sie, daß neue Rohstoffe aus dem Ausland hereinkommen.

Bei dem Stand unserer Wäuta und der ungeheuren Verarmung unseres Wirtschaftslebens ist aber die Einfuhr von Rohstoffen heute außerordentlich erschwert worden. Die jährliche Einfuhr, die vor dem Kriege etwa zwei Milliarden Mark betrug, würde heute wegen der Wäuta und der hohen Weltmarktpreise nur unter Aufwendung von etwa 10 Milliarden Mark möglich sein, Summen, die wir selbstverständlich nicht ohne weiteres zu zahlen in der Lage sind. Die deutsche Textilindustrie wird deshalb darauf bedacht sein müssen, nicht nur soviel wie möglich Rohstoffe im Inland zu gewinnen, sondern auch durch Verbesserung der Arbeitsverfahren, durch schärfste Ausnutzung der Rohstoffe, Vermeidung von allen Verlusten sich konkurrenzfähig mit der Auslandsware zu machen. Vor allem aber muß sie Waren mit hohem Formwert und hohem Arbeitswert zu produzieren suchen, um mit deren Erlös die einzuführenden Rohstoffe zu bezahlen.

Wieviel hierbei die Wissenschaft zu leisten vermag, haben wir gerade im Kriege in manchen Industrien, besonders aber in der Textilindustrie, kennengelernt. Gerade die Textilindustrie war bezüglich wissenschaftlicher Forschung vernachlässigt worden. Wir hatten auch heute noch zahlreiche Mängel an, die ihr aus dem früher handwerksmäßigen Betriebe geblieben sind. Wir glauben deshalb, daß der weitere Ausbau des Karlsruher Forschungsinstituts im dringenden Interesse nicht nur der Deutschen, sondern vor allem der badischen Textilwirtschaft liegt.

Der 10. Gewerkschaftskongress.

(Schluß.)

Es wurde dann ein Antrag der Vorstandskonferenz angenommen, der sich gegen die wilden Streiks richtet.

Alsdann erhält Gertrud Hanna - Berlin das Wort zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Organisation der Arbeiterinnen“. Während des Krieges waren die Behörden mit allen Mitteln bestrebt, die Frauen in das Erwerbsleben zu drängen. Mit der Begründung, die Frau gehöre ins Haus, werden heute Frauen entlassen, die schon jahrelang im Betriebe standen und nicht immer, um Kriegsteilnehmern Platz zu machen, sondern weil gewisse „Führer“ bestrebt sind, die Frauen aus den Betrieben im allgemeinen zu entfernen. Es darf auch nicht vorkommen, daß Organe für die Frauen Forderungen aufstellen, die nur etwas über die Hälfte des Lohnes der Männer hinausgehen. (Sehr richtig!) Wir müssen vielmehr bestrebt sein, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen auszugleichen. Rednerin empfiehlt folgende Entschliessung, die auch angenommen wurde: „Der Kongress erneuert die bereits auf früheren Kongressen gefassten Beschlüsse, die auf die Notwendigkeit intensiver Aufklärungsarbeit zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte für die gewerkschaftliche Organisation hinweisen. Er sieht darin und in der Heranziehung der organisierten Frau zur tätigen Mitarbeit in den Gewerkschaften ein Mittel, etwaige Interessengegensätze zwischen Männern und Frauen im Arbeitsverhältnis auszugleichen und den Frauen eine ihren Leistungen entsprechende Stellung zu verschaffen. Das Wirken für Gleichstellung von Männer- und Frauenarbeit in der Bezahlung bei gleichen Leistungen erscheint dem Kongress selbstverständlich. Der Kongress anerkennt das Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechen. Er macht den Gewerkschaften zur Pflicht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften frauenfeindliche Bestrebungen nicht zur Geltung kommen.“

Zwei weitere Entschliessungen fordern eine roge Agitation unter den Frauen und von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie ihre berufstätigen Familienmitglieder zum Eintritt in die Gewerkschaften anhalten. Dann wurde über Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften beraten, die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen. Bei beiden Tagungsordnungspunkten kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen für und gegen das von links propozitierte Räteystem. Die von der Vorstandskonferenz vorgeschlagenen Entschliessungen fanden gegen die der Befürworter des reinen Rätegebantens Annahme.

Weiter begründete Reipert die für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeschlagenen Satzungen. Es handelte sich dabei um einen alten Wunsch der Gewerkschaften, den man sich bisher in Rücksicht auf politische Schwierigkeiten nicht erfüllen konnte. Nach Befestigung der Polizeibehörde kann nun aber zur Gründung eines Bundes geschritten werden. Zu der Vorlage der Satzungen der Vorstandskonferenz liegen zahlreiche Änderungsanträge vor. Schließlich wird, nachdem der Kongress sich nebenbei für die Verbesserung der bisherigen Form der Berufs- und Industrieorganisationen entschieden hatte, der vorliegende Entwurf mit einigen Veränderungen angenommen.

Dann wurden zur Sozialisierung der Industrie Referate von Umbrell und Dr. Hilferding entgegengenommen. Beide Redner hoben hervor, daß der Sozialismus den Kapitalismus unter allen Umständen ablösen müsse, welches Ziel erreicht werden würde, wenn die Arbeiterklasse wieder geeinigt sein würde. Doch dürfe, wie Hilferding sagte, die Sozialisierung für die Arbeiterklasse keine Messer- und Gabelfrage sein, da sich ohne Begeisterung der Sozialismus nicht durchführen, mit Lohnfragen sich aber keine Begeisterung schaffen lasse. Es wird ein Antrag Ploog-Reipert (Schneider) angenommen, der Kampfrufe der Heimarbeit durch die Regierung fordert. Ebenso ein Antrag, der die Entmilitarisierung der Wehrdienstämter verlangt. Im übrigen wird von einer Besprechung abgesehen. Ueber die gewerkschaftlichen Unterrichtsfrage berichtet Sassenbach-Berlin, daß sie sich vor dem Kongreß bewährt hätten und jetzt wieder aufgenommen und ausgearbeitet werden sollen. — Die Vorschläge der Vorstandvertreter in dieser Frage werden einstimmig angenommen.

Ueber die Regelung des Behringssystems berichtet gleichfalls Sassenbach-Berlin: Das Vorrecht der Innungen solle befristet werden. Eine Zentralkommission solle die Grundzüge für das Behringssystem in den einzelnen Berufen festlegen, die Generalkommission mit ihren Vorschlägen sofort an die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften herantreten. Die Neuregelung müsse auch die schon abgeschlossenen Verträge erfassen. Die Großindustrie müsse gezwungen werden, für die Ausbildung der Behringsschüler die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Der Kongress stimmte diesen Vorschlägen zu.

Nächster Beratungsgegenstand war der Ausbau der Sozialversicherung. Auf Antrag Siebels wird beschlossen, daß der Kongreß den Ausbau der Sozialversicherung für dringlich erklärt und die Generalkommission beauftragt, durch eine Sachverständigenkommission Vorarbeiten dafür zu treffen.

Es werden dann zahlreiche Anträge erledigt. Der Kongress sprach sich für ein Reichsgewerbeamt aus und für Kommunalisierung der Arbeitersekretariate. Er forderte Erhöhung der Lebensmittelration, restlose Erfassung aller rationierten Lebensmittel und wandte sich gegen die Spekulationen in Grund und Boden. Er forderte weiter, daß bei Betriebsstörungen der Lohn weiter gezahlt wird. Zu förmlichen Auftritten führte ein Antrag, der sich gegen die Anhebung der Arbeiterkraft in den besetzten Gebieten des Westens richtet. Ein Delegierter nimmt bei dieser Gelegenheit Anlaß, die Regierung und die Politik der Mehrheitssozialisten und Koskes in scharfster Weise anzukritisieren. Angenommen wird einstimmig ein Antrag, der fordert, daß bei der Wiederherstellung des zerstörten Gebiets der privatkapitalistische Gewinn ausgeschaltet wird. Zu förmlichen Auftritten kommt es auch beim Antrag der Vorstandskonferenz, der verurteilt, daß Gewerkschaftsmitglieder lediglich wegen der Zugehörigkeit zur Reichswehr unter Ausschluß aus der Organisation ihrer erworbenen Rechte beraubt werden. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Opposition mit großer Mehrheit angenommen. Eine Entschließung, welche gegen die Methoden protestiert, die heute angewendet werden, um Arbeitseinstellungen proletarischer Schichten mit Waffengewalt niederzuwerfen, wird antragsgemäß zur Kenntnis genommen.

Nach den üblichen Schlußreden wurde der Kongreß geschlossen.

Die bedeutungsvolle Tagung hat mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung geendet, in das der ganze Kongreß einstimmte. Neugierig war damit die Einigkeit, die man auf dem Kongreß schmerzlich vermisse, wieder hergestellt. Wird sie sich auch sonst noch zeigen? Wie jedermann weiß, ist die sozialistische gesinnte deutsche Arbeiterklasse gespalten. Und man weiß auch, daß diejenigen, die sich von der alten Partei abgesondert haben, in der Gewerkschaft die führende Rolle übernehmen wollen; man weiß, daß sie entschlossen sind, entweder ihre Politik in der Gewerkschaft zur Geltung zu bringen, oder, wenn dies nicht gelingt, besondere Gewerkschaften zu gründen und so eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen, wie sie in der politischen Bewegung besteht. Diese Spaltung der politischen Bewegung ist sowohl von Vertretern der Linken wie von Vertretern der Rechten auf dem Kongreß beklagt worden. Logischerweise sollte jeder bestrebt sein, eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern. Sie wird verhindert, wenn zwar jeder versucht, seine Ansichten und Bestrebungen zur Geltung zu bringen, sich aber, auch wenn das nicht gelingen sollte, jedem Mehrheitsbeschlusse bereitwillig fügt. Geht es das — wie in der Vergangenheit — mit demokratischer Selbstverständlichkeit, so werden beide Strömungen sich mit der Zeit wieder nähern und sich in gemeinsamen Bett wieder zusammenfinden und gemeinsam dem gemeinsamen Ziele zusteuern: dem Sozialismus. Der Sozialismus ist zwar für beide auch heute das gemeinsame Ziel, das aber jede Strömung auf anderem Wege zu erreichen sucht: die eine sucht ihr entgegenstehende Hindernisse zu umfliegen, die andere durch ihre Flut zu überwinden. Das erste muß gelingen, das zweite kann gelingen. Gelingt es aber, wird von der rasenden Flut nicht nur das dem Sozialismus feindliche, sondern auch viel von dem ihm freundlichen weggeschwemmt werden. Uebrigens lassen sich dem Sozialismus entgegenstehende Hindernisse leicht überwinden, wenn beide Teilströme zu einem gewaltigen Ganzen vereinigt wären; was könnte ihm dann noch widerstehen? Nicht darauf kommt es für die Verwirklichung des Sozialismus an, daß die eine Strömung über die andere Macht gewinnt, sondern daß beide zusammen über die Gegner des Sozialismus Macht gewinnen. Und das kann nur geschehen, wenn sie ihnen gegenüberstehen.

Gaukonferenz für den Gau 2 (Kassel).

Im Rathause zu Kassel tagte am Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Juni, die ordentliche Gaukonferenz für Kassel, Stadthannover und Thüringen. Aus 14 Filialen waren 19 Delegierte erschienen; leider hatte der mangelnde Eisenbahnverkehr eine Anzahl Delegierte aus Thüringen ferngehalten. Für den Zentralvorstand nahm Kollege Schrader an den Verhandlungen teil.

Mit Worten der Begrüßung eröffnete nachmittags 5 1/2 Uhr Kollege Seel die Konferenz. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren: Der Geschäftsbericht und die Tarifvereinbarungen.

Den Geschäftsbericht gab Seel. Der Krieg mit seinen bezimierenden Folgen lastete bald nach der Gaukonferenz in Eisenach sehr heftig auf der Organisation im Gaubezirk. Eine Anzahl Verhandlungsarbeiten gar bald keine männlichen Mit-

glieder mehr und andere wurden sogar jämlich industriell filligelt; in anderen Orten blieb nur ein kleiner Stamm Mitglieder, statt Filialen gab es in ihnen nur noch Einzelmitglieder. Im 3. Quartal 1918 war noch ein Duzend kleiner Filialen vorhanden, darunter Kassel mit 300 Mitgliedern. Um einige weitere Orte zu nennen, sei festgestellt: Fulda und Eintracht waren eingegangen, Eschwege bestand noch mit 25 und Eisenach mit 8 Mitgliedern. Herfeld machte dagegen eine angenehme Ausnahme, dort begann 1917/18 die Mitgliederzahl sich wieder aufwärts zu bewegen. Die Mitgliederzahl im Friedensstille im ganzen Gaubezirk nicht über 3300.

Die Revolution hat nun im Gaubezirk den bisher so steinigen Boden für unsere Organisation zu einem sehr fruchtbareren gemacht. Es geht heute manches Samenkorn auf, das vor Jahren von uns im Gau gelegt wurde, aber vor dem Wind und Wetter der Reaktion nicht aufgehen konnte. Aus vielen Gegenden, wo wir vor der Revolution nur Brachfeld hatten, wurden wir befruchtigt und befruchtet, die Organisation zu errichten. Der Gauvorstand arbeitete und schaffte, soweit auch nur in seinen Kräften hand; weit über die vorhandenen Kräfte gingen aber die Anforderungen hinaus. Der Mangel an Organisationskräften mußte so gut wie möglich gelindert werden. Notgedrungen suchte die Gauleitung der Filiale Apolda ihren Geschäftsführer oft in Anspruch nehmen, so daß sich die Kollegen in Apolda bitter darüber beschwerten. Höher als die Bedürfnisse der Apoldaer Filiale standen aber die der Gesamtorganisation im Gaubezirk. Dafür gibt die Entwicklung der Organisation in den letzten Monaten den besten Beweis. Im Monat Mai war die Mitgliederzahl des Gauess auf 3380 gestiegen, wovon die weiblichen Mitglieder 5409 zählten. Die Zahl der Filialen hat sich auf 22 erhöht, die sich auf 32 Orte erstrecken. Der Aufstieg wäre noch viel größer, hätten uns in dem räumlich so großen Gaubezirk mehr Kräfte zur Verfügung gestanden. Sind doch von einem Gipfel zum anderen Ende des Gauess so große Entfernungen zu verzeichnen, die durch den mangelhaften Eisenbahnverkehr noch besonders nachteilig wirkten; die so kostbare Zeit der wenigen tüchtigen Kollegen im Gau mußte zum großen Teil der Eisenbahn geopfert werden. So konnte das große Gebiet des Eichsfeldes nur wenig oder gar nicht bearbeitet werden. Ebenso ist im Harz für die Organisation noch viel Brachland, obwohl in Hattendorf und Stadthannover schon reiflos organisierte Betriebe sind. Im Gau ist ein Organisationsfeld für 36 bis 38 Filialen gegeben. Für 26 Orte wurden 82 Vereinbarungen abgeschlossen, so daß noch 6 Orte unerledigt sind. Das Tempo der Tätigkeit der Gauleitung war manchmal Kollegen zu langsam; dem Vorwärtsdrängen wurde mit Beschwerden, ja sogar mit Drohungen Ausdruck gegeben. Aber trotzdem kann die Organisation einen großen Erfolg buchen, wenn auch dieses noch zu tun übrig bleibt. Die Gauleitung hat getan, was sie zu tun imstande war.

Die nachfolgenden Redner hoben alle die Belastung des Gauleiters hervor.

Schrader vom Hauptvorstand ging darauf ein. Der Zentralvorstand sei mit der Führung des Gauess während und auch vor dem Kriege voll und ganz zufrieden. Der Rückgang der Textilindustrie während des Krieges brachte uns einen erheblichen Rückschlag der Organisation. Im Jahre 1914 hatten wir 133 000 Mitglieder, wovon aber viele jobnensflüchtig wurden. Das Jahr 1917 brachte erst wieder einen Aufstieg; am Jahresabschluss zählten wir 77 000 Mitglieder. Mit der künstlichen Schaffung von Geschäftsführerstellen durch Zusammenlegung von Mitgliedschaften wurden keine guten Erfahrungen gemacht. Auch die Verbindung eines Arbeitersekretariats mit der Geschäftsführung, die ein Nebenamt für einen Ort vorschlug, sei nicht zu empfehlen. Schon die Tatsache, daß 1000 Mitglieder unserer Organisation nur 600 sonstigen Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber in Betracht kommen, spreche dagegen. Ueber den Wunsch nach einer Hilfskraft für den Gauleiter wollte der Redner sich aber nicht äußern. Ungeheure Kräfte würden durch die Perspaltung der Industrie beansprucht. Sie stehen uns zur Verfügung, wenn auch die einzelnen Kollegen an der Aufklärungsarbeit mithelfen, was bisher viel zu wenig geschehen sei. In diesem Sinne sprach sich auch Simon-Kassel aus.

Der Gauleiter selbst meinte: Wir kann es recht sein, wenn der Gauleitung noch eine Hilfskraft gegeben wird, aber es wird wohl nicht so leicht geben. Alle Organisationsarbeit baut sich auf eine Summe von Erfahrung auf. Deshalb ist es immer mein Prinzip gewesen, zu den Verhandlungen mit den Unternehmern eine Anzahl Kollegen aus den Betrieben mit hinzunehmen. Sind sie in der Bewegung aufgewachsen, wird sie für sie zum Lebenswerk. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß uns auch den erforderlichen geistigen Aufstieg bringen. — Die Verhandlungen wurden hierauf auf Sonntag vertagt. Am Sonntag wurden die Lohnvereinbarungen besprochen.

Seel führte dazu aus: Bei aller Betätigung für Vereinbarungen darf man sich nie von Augenblickserfolgen leiten lassen. Zuweilen kommt es vor, daß unsere Kollegen Tarife über Bord werfen und im Augenblickserfolge willen handeln. Auch huldiert man ab und zu dem Gedanken: Viel fordern, um viel zu erhalten. Die Erfahrung bestätigt aber oft, daß große Forderungen kleine Angebote zeitigen müssen, wodurch sich die Verhandlungsparteien anstatt sich zu nähern, von einander entfernen. Die Verhandlungen werden also nur erschwert.

Für die Lohnbewegung im ganzen Gaubezirk bot die Kasseler Vereinbarung eine gute Grundlage. Trotzdem kam es in 22 Fällen in einzelnen Betrieben zur Arbeitsniederlegung, die aber nur kurze Zeit währte. Die ersten Tarifverträge wurden in Apolda erzielt. Die Sicherung der Einhaltung der Tarife ist nicht leicht, sie kann nur unter Mithilfe aller Kollegen erreicht werden.

Die Löhne der weiblichen Arbeiter sind von größter Bedeutung, denn zwei Drittel unserer Mitglieder sind ja weibliche. In der Ferienfrage haben wir die ersten Erfolge erreicht, sie ist deshalb noch eine Anfangsfrage. In der Regelung der Arbeitszeit hat sich ein gewisser Widerspruch ergeben. Während wir früher den halben freien Sonnabend forderten, ist bei der jetzigen 6 stündigen Arbeitszeit am Sonnabend der volle freie Sonnabendnachmittag nicht geblieben. Auf dem Lande muß von den Kollegen darauf geachtet werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in dieser oder jener Beziehung nicht mißbraucht wird. — Unsere ersten Tarifvereinbarungen sind trotz aller erklärlichen Mängel doch ein Erfolg, der weitere Erfolge zeitigen wird. An die Darlegungen des Gauleiters knüpfte sich eine lange Aussprache. Dann nahm das Wort zur „Reorganisation“ Schrader-Berlin (Zentralvorstand).

Im August 1918 tauchte der Plan auf, den Gau Kassel aufzulösen. Bei der Gründung des Gauess glaubte man nicht,

daß er Bestand haben würde, weil der ganze Gaubezirk verhältnismäßig wenig Textilindustrie hat und sich aus den verschiedensten Landgebieten: Sachsen, Thüringen, Hessen und Hannover zusammensetzt. Eine Gauleiterkonferenz war für eine Reorganisation und für eine Neueinteilung der Gauess. Die Tätigkeit der Gauleiter hat sich nach der Revolution geändert. Vor der Revolution bestand ihre Haupttätigkeit in Agitation durch Versammlungen und dergleichen; nach der Revolution besteht die Haupttätigkeit der Gauleiter in der Vorbereitung und Abschließung von Tarifverträgen. Dazu hat sich mit der Kriegswirtschaft die Tätigkeit in den Kriegswirtschaftsstellen eingestellt. Eine Anzahl Kriegswirtschaftsstellen werden noch eine Reihe von Jahren bestehen bleiben, andere werden sogar dauernden Bestand behalten. Zu den Wirtschaftsstellen werden auch noch Untergruppen gebildet werden. Die heutige Konferenz hat ja nun die aufreibende Tätigkeit des Gauleiters gezeigt; sie wird eingeschränkt werden müssen, wenn nicht ein dauernder Aufbau mit den Kräften der Gauleiter getrieben werden soll. Im August hatte man in einer Gauleiterkonferenz sich zu folgender Aenderung entschieden: drei jährliche Gauess zu einem und ebenfalls zwei rheinische und einen württembergischen zu einem zusammenzulegen. Kassel wollte man als eine große Bezirksfiliale bestehen lassen. Diese Pläne sind aber nun zum Teil durch die Erhöhung der Mitgliederzahl überholt, und der Zentralvorstand denkt nicht mehr daran, den Gau Kassel aufzulösen. Es werden sogar noch einige Gebiete mit Frankfurt und Mainz dem Kasseler Gau zugeteilt werden. Im Gaubezirk ist die Mitgliederzahl von 800 auf 9500 gestiegen, und die Möglichkeit einer Steigerung bis zu 15 000 Mitgliedern ist vorhanden. Es muß selbstverständlich auch beim Abschluß der Lohnbewegungen mit einer Fluktuation der Mitglieder gerechnet werden. Aber der § 153 der Gewerbeordnung ist aufgehoben, gelbe Vereine und dergleichen sind nicht mehr. Und wo noch Unorganisierte sind, da muß gegen sie mit Entschiedenheit vorgegangen werden. Wenn nichts anderes hilft, muß die Entlassung gefordert werden. (Beifall.) Im Jahre 1913 hatten wir in der Textilindustrie etwa 1 Million Beschäftigte und 800 000 Organisationsfähige; in Zukunft dürften wir mit etwa drei Viertel Beschäftigten und 500 000 bis 600 000 Mitgliedern zu rechnen haben. Dann bedürfen wir noch bedeutend mehr Kräfte für die Organisation. In Sachsen wird die Zusammenlegung der Gauess erfolgen. Ein linksrheinischer Gau soll nicht mehr bestehen, das Rheinland soll zusammengelegt werden. Die Gauleiter kommen dort auch nicht zur Ruhe; viele haben schon Hilfskräfte erhalten, aber sie reichen noch nicht aus. Die Arbeiten müssen mehr konzentriert werden und mehr als bisher eine ressortmäßige Disposition stattfinden. Die Kriegsjahre haben die Intelligenz nicht gefördert, so daß in dieser Beziehung auch die Organisation unter den nachteiligen Folgen des Krieges zu leiden hat. Aber für die Angestellten muß auch die finanzielle Frage von der Generalversammlung neu geregelt werden; vielfach stehen sie mit ihrem Einkommen niedriger als die Kollegen im Betriebe. Das ist untereinander mit der Notwendigkeit, daß die Angestellten in jeder Beziehung Repräsentanten der Organisation sein müssen. (Beifall.)

Nach einer Erwiderung Seels war die Aussprache über die Reorganisation sowie die Tagesordnung erschöpft. Nach einem Schlußwort des Kollegen Seel ging dann die Konferenz auseinander.

Das Rätelsystem.

Ein Vortrag von Hermann Fadel. Gehalten auf der Gaukonferenz in Landsberg a. W. am 15. Juni 1919.

II.

Die Frage der Mitwirkung des Betriebsrates bei Verteilung des Rohmaterials innerhalb des Betriebes hängt mit dem Vorhergehenden zusammen. In den Tuchwebereien z. B. macht die Verteilung der Ketten ungemene Schwierigkeiten. Da gibt es fortgesetzt Klagen, daß die Verteilung der Ketten ungerecht sei, und diese Klagen sind gewöhnlich gerechtfertigt. Hier den Betriebsrat zur Verteilung heranzuziehen, liegt auch im Interesse der Unternehmer selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus. Die Streitfälle würden dadurch zwar nicht ganz aufhören. Das zu erreichen ist nicht möglich. Aber die Arbeiter würden doch weniger geschädigt und sich leichter zufrieden geben, weil sie wissen, daß die Entscheidung der Streitfälle gewissermaßen selbst vorgenommen haben, und die Zufriedenheit der Arbeiter wirkt förderlich auf die Produktion ein.

Bei der Beschaffung der Betriebsmittel haben sich unsere Arbeiter überhaupt noch nicht betätigen können, auch die Angestellten nicht. Hier ist es notwendig, daß die Betriebsräte, in denen auch Angestellte vorhanden sind, ebenfalls mitwirken. Es ist durchaus nicht gleichgültig, welches Stuhlssystem für diese oder jene Fabrik verwendet wird. Auch das System der Spinnmaschine wird sich nach der Art des Betriebes und der Stärke des hergestellten Garnes richten. Durch die Mitwirkung bei Anschaffung von Betriebsmitteln wird das fachtechnische Können der Arbeiter außerordentlich angeregt werden.

Wir verlangen weiter, daß die Revisionen der Betriebe auf die Betriebsräte übertragen werden, sowohl die der Gewerbeinspektion als die der Berufsgenossenschaften. Diese Körperschaften müssen aus Organen des Staats und der Unternehmer zu Organen der Arbeiter gemacht werden. Die Inspektionen haben den Betriebsräten über ihre Tätigkeit regelmäßig Bericht zu erstatten. Umgekehrt muß der Betriebsrat dem Gewerbeinspektor über seine Tätigkeit berichten, und zwar nicht nur gelegentlich, sondern in bestimmten Zeiträumen, sagen wir monatlich. Ebenso berichtet der Gewerbeinspektor, wenn er eine Revision vorgenommen hat, und auch dann, wenn neue Probleme der Revision sich aufzeigen haben, ersucht er den Betriebsrat um seine Mitwirkung. Die Revisionen haben unter Mitwirkung der Betriebsräte zu erfolgen. Heute wird gemeinsam mit den Unternehmern revidiert, und die Arbeiter erfahren gar nichts davon. Die Gewerbeinspektionen müssen aus dem Dienst des Klassenstaates herausgehoben und zu Dienern der Arbeiterklasse gemacht werden.

Die Unfallberufsgenossenschaften haben heute noch ihre Verwaltung in eigener Hand. Der Arbeiter hat da nichts dazwischen zu reden. Der Kampf um die Renten ist sprichwörtlich geworden. Der Unternehmer hat ein Interesse daran, die Renten niedrig zu halten; denn die Erhöhung der Renten erhöht auch die Beiträge, die der Unternehmer an die Berufsgenossenschaften zu zahlen hat. Die Interessen der Arbeiter und die der Unternehmer stehen sich also auch hier gegenüber. Der verletzte Arbeiter ist aber derjenige, der seine Ar-

beitsfähigkeit ganz oder teilweise eingebüßt hat im Dienste des Kapitalisten. Mit der Arbeit wird das Einkommen des Kapitalisten, wird der Reichtum der Nation geschaffen. Die Arbeit des Proletariats ist also eine Tätigkeit, die im Interesse des Staates notwendig ist. Ohne die Arbeit gäbe es kein Unternehmertum und der Staat und die ganze Volkswirtschaft — immer die kapitalistische Produktion vorausgesetzt — zugrunde. Deshalb müssen der Staat und das Unternehmertum anerkennen, daß der Arbeiter, wenn er vernünftigt, voll entschädigt wird, und daß die Verwaltung der Berufsgenossenschaft in die Hände der Arbeiter gelegt werden muß. Die Arbeiter haben also die Beiträge der Unternehmer zu bestimmen und ebenso auch die Höhe der Renten. Die Durchführung der ganzen Verwaltung der Berufsgenossenschaften wäre Sache der Betriebsräte resp. der sozialisierten Arbeiter.

Man könnte nun fragen: Was bleibt da noch für die Gewerkschaften zu tun übrig? Die werden ja dann ganz überflüssig — Nichts irriger als das. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeiter der Gesamtindustrie. Bei der Durchführung der Einzelheiten in den Betrieben wiederum können die Gewerkschaften unumgänglich verzichten auf die Organe in den einzelnen Fabriken. Das System der Vertrauensleute war nur ein Nothbehelf. Dann hatten wir Arbeiterräte, die in der Regel nichts zu sagen hatten. Sie hatten unter Umständen in bezug auf Arbeiterzahlung usw. etwas mitzureden. Aber bei der Durchführung der Demokratie handelt es sich um mehr. Eine wichtige und intensive Mitarbeit bei der technischen und kaufmännischen Arbeit des Betriebes kann nur geleistet werden, wenn festgelegte Organe geschaffen werden, die mit gesetzlichen Rechten versehen sind, sich aber auf der anderen Seite auf die Gewerkschaften stützen können. Die Gewerkschaften wiederum können ihre Aufgaben nicht erfüllen, ohne die systematisch durchorganisierten Betriebsräte zu Hilfe zu nehmen.

Die Betriebsräte aber dürfen nicht mehr bloß Anhängsel der alten Gewerkschaftsbureaufraie sein. Die Alleinberechtigung dieser Bureaufraie hört auf, darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Die Betriebsräte dürfen nicht unter, sondern müssen neben den Gewerkschaften stehen. In den Betriebsrat können nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gehören.

Vertreter der Betriebsräte müssen auch in die Ortsverwaltungen der Verbände hinein, und zwar in gleicher Zahl wie in den Betriebsrätsmitgliedern. Ich kann mir wohl denken, daß in jeder Ortsverwaltung neben den heute auf Grund des Statuts zu wählenden Verbandsmittgliedern eine gleiche Anzahl von Mitgliedern der künftig errichteten Betriebsräte als Vertreter sitzen, und zwar als Vertreter der Betriebsräte der Industrie des Ortes. Desgleichen ist es möglich, daß die Gewerkschaften zur Hälfte aus Vertretern der Betriebsräte des Bezirks und zur Hälfte aus anderen Mitgliedern sich zusammensetzen, und das gleiche ist an der Zentralverwaltung eines Verbandes möglich. — Die Gliederung muß sich aufbauen nach Orten, Bezirken und über das ganze Reich. So werden die Gewerkschaften durch das Mitarbeiter nicht verlieren, sondern gewinnen, und zwar gewinnen nicht nur an Einfluss, sondern auch an Macht. Die Gewerkschaft wird der unerträglichste Faktor sein beim künftigen Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens. Aber die Gewerkschaft, wie sie heute ist, genügt nicht dazu; die Institutionen der Betriebsräte müssen geschaffen werden, um entscheidenden Einfluss der Arbeiter zu gewinnen. Ohne entscheidende Mitwirkung der Arbeiter wird der Weg ins Neuland des Sozialismus nicht möglich sein.

Nun noch einige Worte zur Frage der Befähigung der Arbeiter für die Betriebsräte. Ich bin mir klar, daß alle Voraussetzungen noch nicht gegeben sind dafür, daß die Betriebsräte nach allen Richtungen in wirksamer Weise tätig sind. Hier hat der Staat einzugreifen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter und damit die Betriebsräte auf ein höheres geistiges Niveau gehoben werden. Wichtig ist die Einrichtung von Hochschulen, Handelsschulen, von Lehrlingsmittelschulen, die natürlich nicht in die Abendstunden verlegt werden dürfen. Hier müssen die Arbeiter vertraut werden mit allen den Fragen, mit denen sie sich später zu beschäftigen haben. Auf diese Weise werden sie ihrer Aufgabe bald gewachsen sein. So viel intelligente Leute haben wir unter den Arbeitern, die in sechs Monaten die Fähigkeit erreichen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Es sind genug Schulgebäude und Lehrkräfte vorhanden, die als Lehrstätten benutzt werden können.

Und was schadet es, wenn die Betriebsräte am Anfang ihrer Tätigkeit diese volle Befähigung noch nicht haben, wenn noch nicht alles so klappt, wie es wünschenswert wäre? Kann man verlangen, daß in einigen Monaten die Arbeiter das leisten, wozu bürgerliche Elemente vielleicht Jahrhunderte gebraucht haben? Nach der großen französischen Revolution, als das Bürgertum die Regierungsgewalt an sich gerissen hatte, machten sich die Feudalisten und die Könige darüber lustig, daß die neue bürgerliche Regierung einen Vordach nach dem andern schob, und doch saßen in der Regierung Bourgeois, die, weil reich, zumeist auch als politische Unterdrückte Hochschulbildung hatten. Der Arbeiter, dem bis jetzt nur die Volksschule zur Verfügung stand, hat sich naturgemäß nur Elementarkenntnis erwerben können. Eine Menge Fähigkeiten sind dadurch unentwickelt geblieben.

Stehen dem Arbeiter erst alle Bildungsmöglichkeiten offen, dann wird er in die Lage kommen, bei der Sozialisierung wirkamer mitzuarbeiten. Zahlreiche Proletarier sind schon heute dazu imstande.

Sozialisieren heißt nichts anderes, als Übernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft und Verwaltung der Produktion durch von der Gesellschaft eingesetzte Organe. Sozialisieren heißt nicht verstaatlichen. Wenn wir die Produktion verstaatlichen wollten, bräuchten wir nicht erst anzufangen. Die Kohlen- und Eisenindustrie an den Staat auszuliefern, hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben. Der Staat hat sich bisher als ein schlechter Unternehmer erwiesen. Dann hieße die Arbeiter dieselben Lohnsklaven, wie sie es vormals waren.

Die Kohlen- und Eisengewinnung kann sofort sozialisiert werden. Man knüpft an die vorhandenen Organisationen an. Für die genannten Industrien bestehen schon heute Syndikate. Die Aktienbesitzer der in Frage kommenden Bergwerke kümmern sich um die ganze Leitung der Unternehmungen nicht. Das Syndikat faßt alle Betriebe zusammen und wählt den sogenannten Verwaltungsrat aus den Aktionären und aus den kapitalistisch interessierten Leuten, die für ihre Tätigkeiten besoldet werden. Dieser Verwaltungsrat verwalte alle Betriebe des großen Konzerns. Er wählt den Generaldirektor, den Geschäftsführer, den Direktor des einzelnen Hüttenwerkes, der einzelnen Maschinenfabrik usw.; der Verwaltungsrat setzt

die einzelnen Verwaltungspersonen ein. Nicht etwa der Generaldirektor der einzelnen Grube oder Hütte bestimmt, was und wieviel produziert wird und wie hoch der Preis für die Waren angesetzt wird. Nein! Der für das ganze Syndikat bestimmte Verwaltungsrat bestimmt den Preis, bestimmt, wieviel produziert wird, mit welchen Produktionsmitteln gearbeitet wird usw. In dieser Weise arbeitet gegenwärtig schon die Kohlen- und Eisenindustrie. Was ist einfacher, als daß der Staat kommt und sagt: Wir enteignen die Besitzer dieser Werke! Ich lasse dahingestellt, ob Entschädigung gezahlt werden soll oder nicht; das ist eine ziemlich nebensächliche Frage. Es ist weiter nichts nötig, als die Aktien zu expropriieren und zu sagen: Der Verwaltungsrat muß sich zusammensetzen zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeiter, zu einem Drittel aus Vertretern der Konsumenten und zu einem Drittel aus Vertretern des Staates. Auf diese Weise sind die Betriebe auf die Gesellschaft übergegangen, ohne der staatlichen Bureaufraie ausgeliefert zu sein; denn nur ein Drittel der Vertreter des Verwaltungsrates sind Staatsarbeiter, während die Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Konsumenten zwei Drittel ausmachen. Diese Körperlichkeit verwalte das Ganze. Alles ist geblieben wie vorher, nur eins hat sich geändert, und das ist: jetzt werden nicht mehr alljährlich vom Aktienbesitzer die Coupons abgezeichnet. Die Gewinne kommen nicht mehr denen zugute, die dafür keine Arbeit geleistet haben, sondern der Allgemeinheit selbst. Dann erst wird zur Lastade, daß alle Rechte, die die Natur und die Arbeit hervorbringen, auch der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, daß nicht mehr Parasiten vorhanden sind, welche aus der Arbeit die Profite heraus-schinden, die ihnen geblieben, selbst ein gutes Leben zu führen und das Volk darben zu lassen.

50 Jahre lang ist der Sozialismus gepredigt worden, und das nicht umsonst. Wenn die deutsche Regierung sich einbildet, mit Scheinrevolutionen die Streiks aus der Welt schaffen zu können mit einem Gesetz, das sogar vom „Correspondenzblatt“ der Generalkommission und von der rechtssozialistischen Presse als ungenügend bezeichnet wurde, so täuscht sie sich. Der Arbeiter, die Freunde an der Arbeit kann nur gewettet werden, wenn der Arbeiter nach der proletarischen Revolution weiß, daß das Ziel, das er 50 Jahre lang angestrebt hat, auch seiner Verwirklichung entgegengeht, wenn er sieht, daß er nicht mehr für die Aktionäre, sondern für die Gesamtheit arbeitet. Dann wird ein neuer Geist einziehen, und das, was wir von der sozialistischen Wirtschaft erwarten, wird eintreten: eine Steigerung der Produktion.

Wie steht es mit der Sozialisierung der Textilindustrie? Die Tausende in Deutschland bestehenden Klein- und Mittelbetriebe der Textilindustrie können nicht von einer Zentrale verwaltet werden. Als zur Sozialisierung reif kann man eventuell ansehen die Wollwämereien, die Kammingarnspinnereien, die Juteindustrie, vielleicht auch die Leinwandfabriken und die Baumwollspinnereien im Norden Deutschlands. Aber die Industrie als Ganzes ist zur Sozialisierung noch nicht reif. Durch Organisierung läßt sich jedoch die Industrie in ihrem Entwicklungsstand beeinflussen. Die heutigen Kartelle können uns in gewisser Beziehung als Vorbild dienen. Für jeden Zweig der Industrie läßt sich zwangsweise eine solche Organisation errichten. Innerhalb dieser steht wieder ein Verwaltungsrat ein. Der Verwaltungsrat muß es sein, der über alle wichtigen Betriebsfragen entscheidet, genau wie es im kapitalistischen Kartell geschieht. Was der Verwaltungsrat beschließt und empfiehlt, wird durchgeführt. Der Verwaltungsrat beschließt über Errichtung von Materialprüfungsämtern und Laboratorien. Er entscheidet über Preisbildung, über den Profit der Unternehmer. Schon heute wird durch die Kartelle der Profit der Unternehmer beeinflusst. Aber auch der Anteil des Arbeiters am Arbeitsertrag wird vom Verwaltungsrat festgesetzt. Durch die hier geschilderte Organisation wird erreicht eine Zurückdrängung des Einflusses der Unternehmer und eine Stärkung des Arbeitereinflusses. Es wird erreicht, daß unrentable Betriebe ausgeschaltet werden und die rentablen gefördert werden können.

So bereitet sich der Sozialismus vor. Das ist alles natürlich nicht von heute auf morgen geschehen; darüber können Jahre vergehen. Aber die Betriebsräte haben bei dieser Umwälzung, wie Sie ohne weiteres erkennen, große, wichtige Funktionen. Diese Funktionen auszuüben, ist ihnen nur möglich, wenn die Arbeiter gleichzeitig entscheidenden Einfluss im Staat gewinnen. Die politische Macht ist notwendig zur Durchführung aller der von mir geschilderten Maßnahmen. Durch das Zusammenarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft wird dieses Ziel nicht erreicht. Das ist eine Unmöglichkeit. Erreichen läßt sich das Ziel nur im Kampf. Deshalb müssen sich die Textilarbeiter und ihr Verband auf den Boden stellen, was ich ihnen hier vorgeschrieben habe. Das ist notwendig im Interesse der Textilarbeiter. Mit gewissen Parolen von Gewerkschaftsinstanzen bin ich nicht einverstanden. Ich gehe weit darüber hinaus, was von der Generalkommission als nützlich und notwendig hingestellt wird. Rastlos hat den Geschehnisse der Regierung als genügend bezeichnet. War eine solche Auffassung vertritt, hat keinen Anspruch darauf, bei der künftigen Lösung der Arbeiterfragen an entscheidender Stelle mitzuwirken. Ich bitte Sie also, sich meinen Ausführungen anzuschließen und in ihrem Sinne zu wirken zum Wohle der gesamten Textilarbeiterschaft. (Großer, lebhafter Beifall.)

Aus den Schlichtungsausschüssen.

Von dem Schlichtungsausschuß in Hamburg wurden folgende Tarifföhne vorgeschlagen:

Arbeiterinnen von 14—16 Jahren die Stunde	0,70 M.
über 16—18	1,06
Arbeiter von 14—16	0,85
über 16—18	1,20
„ 18—20	1,50
„ 20	1,80

Die ersten 6 Wochen der Beschäftigung werden um 20 Pf. niedrigere Einstellungsöhne gezahlt.

Gesellen erhalten die ersten 4 Wochen 2,30 M., nach 4 Wochen 2,40 M. die Stunde.

Affordarbeiter sollen etwa 20 Proz. mehr verdienen können als die im Stundenlohn Beschäftigten.

Die Stundenlöhne sind garantierte Mindeststundenlöhne und sind auch den Affordarbeitern garantiert.

Vorarbeiter, Vorrichter und Aufseher erhalten die Stunde 10 Pf. mehr.

Unverschuldete Wartezeiten werden voll bezahlt. Ueberstunden werden Wochentags mit 25 Proz. für die Zeit

nach 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens mit 50 Proz. Zuschlag vergütet; Sonn- und Feiertagsarbeit auch mit 50 Proz.

An Ferien werden je nach Beschäftigungsdauer 3—6 Tag, unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

Außerdem enthält der Tarif noch wichtige Bestimmungen, die für die Arbeiter einen Vorteil bedeuten. Der Tarif tritt am 1. Juni 1919 in Kraft.

Die Ortsverwaltung in Brandenburg a. O. hatte, wie schon in Nr. 24 d. Bl. berichtet, den Schlichtungsausschuß angerufen, um die seit Monaten schwebenden Lohnstreitigkeiten der Textilarbeiterschaft in den beiden Betrieben Kammingarnspinnerei Emil Kammerle und Jute- und Garnspinnerei A. G. endlich zum Abschluß zu bringen. Die diesbezügliche Sitzung fand am 17. Juni d. J. statt. Es kam zu folgendem Schiedspruch: Rückwirkend ab 1. Mai und verbindlich bis 30. September d. J. sind folgende Löhne zu zahlen:

von 16 Jahren	männliche	weibliche
17	70 Pf.	63 Pf.
18	a. darüber 1,30 M.	70 „
	(bisher 1,05 „)	

Affordbasis für weibliche Arbeiter nicht unter 80 Pf. die Stunde. Ueberstunden werden mit 25 Pf. Sonntagsarbeit mit 50 Pf. Zuschlag vergütet. Der Lohn gebrechlicher, altersschwacher und invalider Arbeiter unterliegt freier Vereinbarung. Infolge starker Staubentwicklung in der Jute- und Garnspinnerei ist die Arbeit dort gesundheitsgefährlich. Die Lohnsätze werden daher etwas abgeändert, und zwar folgendermaßen: Weibliche Arbeiter von 17 Jahren 70 Pf. Stundenlohn, von 18 Jahren und darüber 75 Pf. Stundenlohn. Die Affordbasis wird auf 85 Pf. für die Stunde festgelegt. Die Arbeiterinnen in der Wollwämerei bekommen 95 Pf. Stundenlohn. Bisher gezahlte höhere Löhne bleiben bestehen.

Ist es auch nur ein bescheidener Erfolg — 5 bis 10 Proz. Zuschlag gegen früher — so lehrt er doch wieder, daß wir uns nur durch eine straffen Organisation bessere Lebensbedingungen erzwingen können.

Aus der Textilindustrie.

Streik in den Färbereien und chemischen Waschanstalten Magdeburgs. Am 9. Juli sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der dortigen Färbereien und chemischen Waschanstalten infolge Nichtbeantwortung der gestellten Lohnforderung in den Ausstand getreten. In der am gleichen Tage abgehaltenen Protestversammlung wurde folgende Resolution beschloffen: „Die am 9. Juli im „Diamantbräu“ versammelten Textilarbeiter Magdeburgs der Firmen Färberei und Reinigung Albert Karus, August Leis Nachf., Franz Wolff & m. b. S., Paul Weinbeer erklären sich einstimmig für den Streik, der uns durch die Nichtbeantwortung unserer gestellten Forderungen durch den Arbeitgeberverband aufgezwungen worden ist. Wir erklären, daß diesem rein wirtschaftlichen Streik jegliche politischen Motive fernliegen, und wir werden die Arbeit nicht eher aufnehmen, bis unsere Forderungen, die viel niedriger gehalten sind als in anderen Industriezweigen, bewilligt sind. Die Textilarbeiter sind schon von jeher diejenigen gewesen, die neben allen anderen Berufsständen eine die niedrigere Entlohnung hatten. Unsere Unternehmer, die ohne Zweifel als Kriegsgewinnler zu bezeichnen sind, haben während der langen Kriegszeit durch viele Heeresaufträge sehr große Gewinne erzielt, und auch jetzt werden noch durch die Hochkonjunktur in der Färberei und Reinigung normale Gewinne weit überschritten. Indem wir unsere Bereitwilligkeit erklären, bei angemessenen Zugeständnissen die Arbeit aufzunehmen, weisen wir darauf hin, daß wir den uns aufgezwungenen Kampf mit aller Schärfe durchführen werden. Die Verantwortung fällt einzig und allein auf die Unternehmer.“

C. T. I. Keine Auflösung des deutschen Tuchsyndikats. Die Blättermeldung, wonach die Auflösung des deutschen Tuchsyndikats bevorstehe, ist unrichtig; im Gegenteil ist die Geschäftsführung des Syndikats in letzter Zeit noch erweitert worden.

C. T. I. Wollauktion in Amsterdam. Die vor einigen Wochen in Amsterdam abgehaltene Wollversteigerung bedeutete infolge eines Misserfolgs, als ein großer Teil der angebotenen Mengen infolge der Aufkäufer größerer Wollpartien, die schon vor geraumer Zeit gekauft waren, zurückgezogen werden mußten. Es wurde für gewaschene Montevideo- und Desado-Merinoowolle, ebenso für gewaschene V. M. Merinoowolle durchschnittlich 9 fl. ohne Washkosten bezahlt. Für gewaschene schneeweisse Kappawolle wurden 8,10 fl. für Gold, Säurwolle 4,05 bis 4,17½ fl. für geringere Qualität 3,90 fl. bezahlt.

C. T. I. Errichtung einer Baumwollbörse in Gent. Die Baumwollindustrie in Gent und Umgebung ist bekanntlich eine sehr bedeutende. Die Interessenten sowie die Städtische Verwaltung dieses Ortes beabsichtigen die Errichtung einer Baumwollbörse in Gent.

C. T. I. Die Lage des deutschen Wollstoffgewerbes ist im großen und ganzen nach den letzten Berichten nicht ungünstig. Besonders im rheinischen Baumwollindustriesteck hat sich die Lage in der letzten Zeit wesentlich gebessert. Auch die Seiden- die zu vollen Preisen Abnehmer fanden. In Mailand haben in der Wollindustrie die Situation kaum verändert, doch hofft man, daß sich auch hier die Lage bald bessern wird. Ueber eine besondere Veränderung in der Seiden- und Juteindustrie kann auch in dieser Woche nichts berichtet werden.

C. T. I. Von den Seidenmärkten wird gemeldet, daß die Kaufkraft in Amerika weiter erheblich zugenommen hat; besonders stark war die Nachfrage nach japanischen Seidenstoffen, die zu vollen Preisen abnehmer fanden. In Mailand haben ebenfalls große Umsätze in allen Beschäftigungen zu festenden Preisen stattgefunden. Auch in Breslau scheint man geneigt zu sein mit Käufen vorzugehen. Von meldet gutes Geschäft in Seidenwaren und vermehrte Kaufkraft der Verbraucher.

C. T. I. Aus der internationalen Textilindustrie wird berichtet, daß die englischen Baumwollfabrikanten außerordentlich große Aufträge in Indien haben, ebenso, daß die Wollindustrie über bedeutende Aufträge verfügt. In Amerika hat die Kammwollindustrie einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Woll- und Baumwollfabrikanten sind besorgt, die Ausfuhr selbst nach Europa immer mehr zu forcieren.

Aus Japan wird berichtet, daß der Aufschwung in allen Zweigen der Textilindustrie andauert, daß es aber vielfach an den nötigen Maschinen mangelt.

Stillelegungen in der Baumwollindustrie Englands. In Manchester müssen mit Ausnahme weniger Baumwollfabriken sämtliche Betriebe stillliegen.

Berichte aus Fachkreisen.

Anna i. Th. Am 28. Mai d. J. gründeten wir hier eine Ortsgruppe des Textilarbeiterverbandes. Seit dieser Zeit befinden wir uns fortgesetzt im Lohnkampf mit unserem Arbeitgeber O. Oehme in Oberan, dem der Betrieb, in dem wir beschäftigt sind, gehört.

Buchholz. Endlich ist es der ergebnisreichen Textilarbeiterschaft dank ihrer Organisation gelungen, einen Tarifabschluß mit den Unternehmern zustande zu bringen.

Wiesbaden. Endlich ist es auch hier gelungen, eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Wir hoffen, daß sie bald zu erhalten wird, daß Kollege Voigt aus Berlin, der hier sprach, wenn er wiederkommt, eine zahlreiche Zuhörerschaft findet.

Ein weiterer Tarif besteht noch mit der Reichs-Textilantennengesellschaft Hamburg-Ruhwälder, der die folgenden Löhne vorsieht: Verheiratete männliche Arbeiter die Woche 110 Ml., Ledige männliche Arbeiter die Woche 105 Ml., Arbeiterinnen die Woche 74 Ml.

Mit den Garburger Textilfabrikanten, die dem „Verein der Arbeitgeber von Garburg und Umgegend“ angehören, haben wir folgende Tariflöhne vereinbart: Arbeiterinnen unter 16 Jahren die Stunde 70 Pf., Arbeiterinnen von 16-18 Jahren die Stunde 1 Ml., Arbeiterinnen über 18 Jahre die Stunde 1.10 Ml., Arbeiter unter 16 Jahren die Stunde 70 Pf., Arbeiter von 16-18 Jahren die Stunde 1.10 Ml., Arbeiter von 18-20 Jahren die Stunde 1.50 Ml., Arbeiter über 20 Jahre die Stunde 1.70 Ml.

aufgekauft, mit den hiesigen Unternehmern ein ernstes Wortchen zu reden. Mit den Löhnen, die hier noch am Orte gezahlt werden, ist ein „auskömmliches“ Leben nicht zu führen.

Neutlingen. Am 15. Juni hielt die hiesige Filiale eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Die hauptsächlichsten Tagesfragen waren: Der neue Lohnsatz und die Wahl eines 2. Geschäftsführers. Zum ersten Punkt legte Geschäftsführer Kollege K e p p e l e r die einzelnen Abmachungen sachlich auseinander.

Spremberg-L. Am Mittwoch, den 9. Juli, fand im Bürgerhaus eine Mitgliederversammlung statt, die angelehnt der ersten Welt besser besucht sein konnte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhaltete Kollege Diebel den Kartellbericht, wobei er wichtige Beschlüsse des Kartells und Anträge zum Schutze der Mieter an das Stadtvorordnetenkollegium zur Kenntnis brachte.

Spremberg-L. Im Spinnereibetriebe der Firma Fr. Krüger war eine 17jährige Arbeiterin beschäftigt, die mit - sage und schreibe! - 10 Ml. Wochenlohn bei 46 stündiger Arbeitszeit abgespracht wurde. Der für sie in Frage kommende tarifliche Stundenlohn beträgt aber 65 Pf. = 29.00 Ml. in 46 stündiger Arbeitswoche.

Wernshausen. Am 1. Juni 1919 schlossen sich die hiesigen Textilarbeiter einstimmig der Filiale Eisenach an und schon am 30. Juni wurde ein Vertrag durch den Vorsitzenden Oskar Hohndorff, Eisenach, für sie abgeschlossen. Er ist von der Art, daß die von ihm Betroffenen im ganzen mit ihm zufrieden sein können.

Literatur.

„Die Rotlegarde“. Preis 35 Pf. Verlag: Vorwärts. Kirche, Religion und Sozialdemokratie. Preis 1 Ml. Verlag: Vorwärts. Zur Kritik der freien Wirtschaft. Eine neuzeitliche Begründung der Sozialisierung von Ingenieur Dr. Alfred Striemer. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Ml. Die Politik der Generalkommission. Ein Ständenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft nennt sich eine 72 Seiten starke Broschüre. Ihr Verfasser ist Hermann Liebmann. Preis 1.25 Ml. Verlag: Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 20. Juli, 11 Uhr. 29. Wochenbeitrag fällig. Die zur Generalversammlung in Plauen gewählten Delegierten wollen sofort zwecks Unterbringung in geeignete Quartiere diesbezügliche Anmeldung an folgende Adresse gelangen lassen: Albert Sahn, Plauen i. S., Pausauer Str. 95, II. Adressenänderungen. Gau Hannover. Minden. V: Wilhelm Gieseling, Danziger bei Minden i. W. No. 91. Gau Düsseldorf. Köln. V: Bernhard Rothhof, Severinsstraße 197-199. Gau Düsseldorf. Rating. Alle Sendungen sind bis auf weiteres an: Wilhelm Fabian, Rüsselsheim i. Hessen, Darmstädter Str. 15, zu richten. Gau Düsseldorf. Mönchsdorf. K und Geschäftsführer: Oswald Strub, Remscheider Str. 2. Gau Löhren. Bühlertal i. Baden. (Neu.) B: Franz Beyer. Gau Löhren. Staufen i. Breisgau. (Neu.) V: Fr. Josephine Oster, Adlersgasse 174. Briefe an diese. K: Fr. Anna Schenck, Spitalstr. 189. Gau Stuttgart. Ehingen a. Donau. (Neu.) V: Johann Heuter, Fabrikstr. 11. K: Ulrich Kramer, Fabrikstr. 106. Gau Stuttgart. Geidenheim a. Stuttgart. (Neu.) V: Bernhard Weber, Untere Vorstadt 18. K und Geschäftsführer: Hermann Wild, Bergstr. 28.

Gau Stuttgart. Karlsruhe. B: Paul Weigelt, Grenzstr. 28. Gau Stuttgart. Pommersheim. K: Eberhardt Rau, Hauptstr. Gau Stuttgart. Rohrdorf. K: Gottfried Glaz, Eichenhausen, O.-A. Nagold. Gau Stuttgart. Sindelfingen. Der Vorsitzende ist zu freizeiten. Gau Augsburg. Aß, Post Senden bei Neu-Ulm. (Neu.) V: Jos. Häupter, Kanalstr. 58, K: Joh. Vogt, No. 31. Gau Augsburg. Kempten. V: Anton Gabriel, Kottlern bei Kempten No. 10. Gau Augsburg. Schwaig bei Erding. (Neu.) V: Jos. Döllel. K: Max Kreuzeder. Gau Gera. Halle. K: Friedrich Kerstan, Eichendorffstr. 17. Gau Gera. Kleinreisendorf ist mit Greiz verschmolzen. Gau Gera. Schmölln. K: Otto Schumann, Weststr. 42. Gau Gera. Triebes. V: Walter Knoll, Steinstr. 21. Gau Gera. Werdau. V: Hugo Höra, Wickauer Str. 14. Gau Plauen. Eichenreuth. V: Michael Mier. Gau Plauen. Marktzeugaß. Der Vorsitzende ist zu freizeiten. Gau Chemnitz. Eintracht. V: Hans Wiedenbeck, Sehlstraße 26. K: Richard Clausner, Reichstr. 30. Gau Chemnitz. Döbnitz. V und K: E. Streicher, Schützenstraße 191. Gau Chemnitz. Wittgensdorf. K: Paul Anorr No. 102d. Gau Chemnitz. Sächopau. V: Arno Schreiter, Johannisstraße 34. Gau Neugersdorf. Riesa. V: Johann Girschofer, Gröbba b. Riesa, Weststr. 15. Gau Riesa. Neurobe. E. Sahn, Schuhmacherstr. 6. Gau Berlin. Croffen mit Guben verschmolzen. Gau Berlin. Samstwegen. (Neu.) V: Wilhelm Allentain, Bleiche bei Gr.-Ammensleben. K: Richard Böje, Bleiche bei Gr.-Ammensleben. Gau Berlin. Jüllichau. K: Hermann Sahn, Damm 16.

Grimmitzschau. August Weimann, 42 J. Johann Laubald, 66 J. Gera (N.). Louis Köhler, 61 J. Lepel-Heim. K: Eberhardt Rau, Hauptstr. Gau Stuttgart. Rohrdorf. K: Gottfried Glaz, Eichenhausen, O.-A. Nagold. Gau Stuttgart. Sindelfingen. Der Vorsitzende ist zu freizeiten. Gau Augsburg. Aß, Post Senden bei Neu-Ulm. (Neu.) V: Jos. Häupter, Kanalstr. 58, K: Joh. Vogt, No. 31. Gau Augsburg. Kempten. V: Anton Gabriel, Kottlern bei Kempten No. 10. Gau Augsburg. Schwaig bei Erding. (Neu.) V: Jos. Döllel. K: Max Kreuzeder. Gau Gera. Halle. K: Friedrich Kerstan, Eichendorffstr. 17. Gau Gera. Kleinreisendorf ist mit Greiz verschmolzen. Gau Gera. Schmölln. K: Otto Schumann, Weststr. 42. Gau Gera. Triebes. V: Walter Knoll, Steinstr. 21. Gau Gera. Werdau. V: Hugo Höra, Wickauer Str. 14. Gau Plauen. Eichenreuth. V: Michael Mier. Gau Plauen. Marktzeugaß. Der Vorsitzende ist zu freizeiten. Gau Chemnitz. Eintracht. V: Hans Wiedenbeck, Sehlstraße 26. K: Richard Clausner, Reichstr. 30. Gau Chemnitz. Döbnitz. V und K: E. Streicher, Schützenstraße 191. Gau Chemnitz. Wittgensdorf. K: Paul Anorr No. 102d. Gau Chemnitz. Sächopau. V: Arno Schreiter, Johannisstraße 34. Gau Neugersdorf. Riesa. V: Johann Girschofer, Gröbba b. Riesa, Weststr. 15. Gau Riesa. Neurobe. E. Sahn, Schuhmacherstr. 6. Gau Berlin. Croffen mit Guben verschmolzen. Gau Berlin. Samstwegen. (Neu.) V: Wilhelm Allentain, Bleiche bei Gr.-Ammensleben. K: Richard Böje, Bleiche bei Gr.-Ammensleben. Gau Berlin. Jüllichau. K: Hermann Sahn, Damm 16.

Gauverwaltungen. Gau I. Hannover. Den Ortsverwaltungen hierdurch zur gefl. Kenntnisnahme, daß die für den 23. und 24. August 1919 in Aussicht genommene Gaukonferenz des Gau I. Hannover, nicht in Bremen, sondern in Garmisch a. d. B. Weser, Gewerkschaftshaus, Baustraße, stattfinden wird. Die Delegierten werden ersucht, Meldungen betr. Beschaffung von Wohnwagengelegenheit an den Kollegen Louis Witte, Garmisch a. d. B. Weser, Chämlihofstr. 4, rechtzeitig gelangen zu lassen. Zur Konferenz selbst geben wir bekannt, daß Kollegen des Lokalkomitees am Bahnhof sind. Erkennungszeichen: Textilarbeiter. Weiteres wird durch Mundschreiben an die Ortsverwaltungen bekanntgegeben. Für den Gauvorstand: Emil Döbler.

Ortsverwaltungen. Opyach. Das Mitgliebsbuch auf Ida Emma Hadus, geb. 3. November 1883 zu Weiersdorf bei Löbtau, eingetretten in den Verband am 13. Mai 1918 zu Opyach, ist verloren gegangen. Es führt die Nummer 710 025. Man wolle das Buch bei seinem Aufgefunden einliefern. Ernst Behmann, Opyach Nr. 86C. Wittweida. Die Bureaufunden während der Ferien des Kollegen Seyfert sind wie folgt festgelegt: Montag bis Freitag vormittags von 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr, Sonnabends von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. J. A.: J. Behmann.

Die Stelle des 2. Geschäftsführers in Rheine i. W. ist besetzt. Gewählt ist der Kollege Andreas Simon, Osnabrück. Allen Bemerkungen besten Dank! H. Matthies. Totenliste. Gestorbene Mitgliebslieder. Augsburg. Elise Weisenbeck, Weberin, 36 J., Magenrebs. Barenstein. Elisabeth Wächter, 17 Jahre, Lungentzündung. Chemnitz. Friedr. Wilhelm Weiß, Färber, 65 J., Lungentuberkulose. J. A.: J. Behmann.

Zusammenkünfte. Mitgliebs-Veranstaltungen. Altenburg. S.-A. Sonnabend, 28. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“. Berlin. (Sticker.) Freitag, 8. August, abends 6 Uhr, bei Eilke, Wallstraße 32. (Vertrauensmänner.) Garmisch. Sonnabend, 28. Juli, abends 8 Uhr, bei Valz. Wittstock (Döffe). Sonnabend, 19. Juli. Ihre ihm Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 19. Juli. Verlag: Carl Hübsch. - Verantwortlicher Redakteur: Paul Wagner. - Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Esmilich in Weissenfeld.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.